



## Stoppt Krieg und Kriegshetze!

Die Vorbereitungen laufen: Raketen werden an der türkisch-syrischen Grenze stationiert, deutsche Soldaten in die Region versetzt. Alles sieht nach Krieg gegen Syrien aus. Mittlerweile hetzen auch Exponenten der Juso für eine «Intervention». Worum es in Syrien wirklich geht und wer von einem Krieg profitieren wird.

1912: Auf dem Basler Sozialistenkongress stimmt die internationale Sozialdemokratie einem Manifest gegen den Krieg zu. Nur zwei Jahre später vergisst sie allerdings all ihre Beschlüsse und führt die Arbeiterschaft in den 1. Weltkrieg. Ein bis dahin nicht gekanntes Menschenschlachten beginnt, dem Millionen Soldaten und Arbeiter zum Opfer fallen.

2012: Die schweizerische Juso debattiert über die Zustimmung zum Krieg gegen Syrien. Es sind nur sechs Jahre vergangen, seit man ein Papier gegen Armeen und Militäreinsätze beschloss.

### In der Juso und für den Krieg

Das neuste Infrarot (Nr. 205) überrascht. Ohne grössere Ankündigung macht es bekannt, dass es Jusomitglieder gibt, die sich einen Krieg wünschen. Einen Krieg gegen Syrien, den man nicht mehr Krieg nennt, sondern in das harmloser klingende Wort «Intervention» umgetauft hat. Soviel Nonchalance ist man auch von den jungen «SozialistInnen» nicht gewohnt.

Genauer: Jonas Zürcher (Geschäftsleitung der Juso)

wird Dariusch Pour Mohsen (Sekretär im Aargau) gegenübergestellt. Beide legen ihre Positionen zum Konflikt in Syrien dar. Und dann fallen Sätze wie diese:

Dariusch: «*[Es] muss uns bewusst sein, dass ohne Gegenkraft die Repression seitens des [syrischen] Regimes grösser wird. Über Monate wurde nichts gemacht, lediglich zugeschaut, während das syrische Volk sich abgeschlachtet hat.*»<sup>1</sup>

Das ist vor allem eines: falsch. Zu keinem Zeitpunkt wurde «nichts gemacht». Schweizerische Waffen sind in die Hände von Rebellen befördert worden, die Schweiz hat über 50'000 Franken für den Regierungsumsturz durch bewaffnete Gruppen in Syrien zur Verfügung gestellt.<sup>2</sup> Deutschland (hier fanden Treffen der Aufständischen zum Regierungsumsturz in Syrien statt<sup>3</sup>) ist noch weit grosszügiger, die USA (25 Millionen Dollar für die Rebellen<sup>4</sup>) sind offener: längst gab Obama bekannt, dass über Monate syrische Gruppen für den Bürgerkrieg ausgerüstet und ausgebildet wurden.<sup>5</sup> Aus der Türkei werden Waffen geliefert

<sup>1</sup> Alle Zitate von Dariusch Pour Mohsen stammen aus dem Infrarot Nummer 205.

<sup>2</sup> <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/naeher-osten-und-afrika/Schweiz-finanzierte-Syriens-Opposition/story/25230130>

<sup>3</sup> <http://derstandard.at/1345165350093/Syriens-Oppositionelle-planen-fuer-die-Zeit-nach-Assad>

<sup>4</sup> <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-08/syrien-un-vollversammlung-assad>

<sup>5</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-obama-erlaubt-cia-hilfe-fuer-rebellen-a-847774.html>

und in der Türkei Trainingscenter für Rebellen eingerichtet.<sup>6</sup> Auch griff man Syrien per Artilleriebeschuss an.<sup>7</sup> Dariusch tut dem Westen unrecht. Es wurde sehr viel getan, um das Morden in Syrien zu unterstützen.

Was ist aber mit jener «Gegenkraft» gemeint, die Dariusch heraufbeschwört? Er führt es aus: «*[Es wäre] verantwortungslos von Seiten der UNO, einer organisierten, gemeinsamen Intervention mit Ablehnung entgegenzutreten.*» Die organisierte, gemeinsame Intervention – es ist der Krieg gegen Syrien. Interessant ist hier auch die Wortwahl des Juso-Funktionärs: Nicht die UNO hat eine Intervention zu organisieren. Sie soll nur zustimmen. Womit die Frage auftaucht, wer zur Organisation eines Krieges überhaupt in der Lage wäre. Es ist, wie sich im weiteren Gespräch herausstellt, die NATO. Dariusch Pour Mohsen spricht hier vom Krieg gegen Syrien, den die UNO doch bitte abzunicken und die NATO doch bitte auszuführen habe.

Nicht nur die NATO würde Herr Mohsen gern losschicken. «*[Es ist] wichtig, die Arabische Liga einzubeziehen.*» Also ein Krieg von NATO und Arabischer Liga. Die hat den Beweis ihres Demokratieverständnisses in Bahrain angetreten. Dort wurde eine Volksbewegung gegen die Regierung mit Panzern und Kanonen niedergeschlagen.<sup>8</sup> Auch Länder wie Saudi-Arabien scheinen einigen Juso-Exponenten wohl vertrauenswürdig genug, um ihnen den Befehl zum Einmarsch zu geben.

Mit dem Völkerrecht oder der Volkssouveränität hat eine solche Aufforderung zum Krieg nichts zu tun. Das ist umso ironischer, wenn man sich die Beweggründe von Dariusch dazu ansieht: Syrien, das sei im Moment «*ein Schandfleck für die Menschenrechte!*» Aber offenbar nur für die Dariusch'en, also die eingebildeten Menschenrechte. Denn in den wirklichen, gerade existierenden ist Folgendes festgehalten:

### Sozialpakt der Menschenrechte / Zivilpakt der Menschenrechte

#### Artikel 1

**(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.**

#### Artikel 5

**(1) Keine Bestimmung dieses Paktes darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine**

**Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in diesem Pakt anerkannten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in dem Pakt vorgesehen, hinzielt.**

Das hier festgeschriebene Prinzip ist die Volkssouveränität. Niemand, weder Person noch Staat oder Gruppe, hat das Recht, sich in die Belange einer Nation, in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzumischen. Kurz und gut: Die realen Menschenrechte können nicht zum Kriegsgrund umgemünzt werden. Über derlei Bedenken ist mancher schon hinaus. So eine Argumentation sei nur «*Schönrederei und Gutmenschentum bei diesem Akt des Terrors.*» Weil das so ist, kommen Dialog und Ausgleich als Lösung für den Syrienkonflikt auch nicht mehr in Betracht. «*Gespräche mit Diktatoren sind lediglich Zeitverschwendung.*» Will heißen: Die Bomben haben zu sprechen.

### Syrien: Keine friedliche Bewegung

Dariusch Pour Mohsen ist Funktionär in der Juso. Das Infrarot ist die «Zeitung der JungsozialistInnen». Ein offizielles Organ also. Und eines, das verbreitet wird: Versand per Post und publiziert im Internet. Es handelt sich also nicht um Geheimnisse, sondern um eine öffentlich geführte Debatte. Und Debatten machen Meinungen und sollen Meinungen machen. Das Infrarot selbst tut es auch:

«*Der Bürgerkrieg in Syrien hat mit Protesten im Süden des Landes im März 2011 begonnen, wo erstmals öffentliche Proteste den Rücktritt des Präsidenten Baschar al-Assad gefordert haben. Diese Aufstände wurden gewalttätig niedergeschlagen, Demonstranten verhaftet und gefoltert. (...) Kurz darauf ruft Assad den Ausnahmezustand aus – ein Entscheid, der es den Regierungskräften "erlaubt", das bisher grösste Blutbad des Konflikts anzurichten. Daraufhin haben sich Regimekritiker im ganzen Land zusammengeschlossen, bewaffnet und begonnen, gezielt Streitkräfte der Regierung anzugreifen.*»

Diese Darstellung der Vorgänge in Syrien ist verfälscht. Weniger nett formuliert: **Sie ist frei erfunden.** Das übliche Bild wird dem Lesenden nahegelegt. Auf der einen Seite das grausame Regime, auf der anderen Seite die friedliche Bewegung. Und weil das Regime grausam, und die Bewegung bewegt sei, entwickelten sich die Dinge und die Menschen griffen aus Selbstschutz zur Waffe. So oder so ähnlich erscheinen die Dinge im Infrarot. Halten wir dem den

<sup>6</sup> <http://oe1.orf.at/artikel/311285>

<sup>7</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-greift-ziele-in-syrien-an-a-859360.html>

<sup>8</sup> <http://www.handelsblatt.com/politik/international/aufstaende-in-arabien-panzer-gegen-demonstranten-in-bahrain/3857250.html>



«Gespräche mit Diktatoren sind lediglich Zeitverschwendung.»

Der Kampf der bewaffneten Rebellen (Bild) mit dem syrischen Regime reißt das ganze Land in einen Bürgerkrieg. Die Zuspitzung des militärischen Konflikts wird weitere Opfer fordern.

tatsächlichen Ablauf der Proteste entgegen.

«Ähnlich wie in Libyen begann die Protestbewegung nicht in der Hauptstadt, sondern im März, also relativ spät, an der Peripherie, in der kleinen Stadt Daraa an der Grenze zu Jordanien, in einer religiös-konservativen, stammesbezogenen Region. Anfang März 2011 war hier eine Gruppe Jugendlicher, die regierungsfeindliche Parolen geschrieben hatten, festgenommen und mißhandelt worden. Nach einigen kleineren Demonstrationen protestierten am Freitag (18. März) schließlich mehrere Tausend und forderten die Freilassung der Jugendlichen, sowie die Rücktritte von Gouverneur und Polizeichef. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die mehrere Tage anhielten.

Den Berichten westlicher Medien zufolge setzten die Sicherheitskräfte ihre Schußwaffen gegen friedliche Demonstranten ein. Die staatliche Nachrichtenagentur SANA machte hingegen Provokateure für die Eskalation verantwortlich, die die große Ansammlung von Demonstranten vor der Al-Omari-Moschee ausgenützt hätten, um öffentliche und private Einrichtungen anzugreifen. Autos und Läden seien in Brand gesetzt worden, und als die Sicherheitskräfte eingegriffen hätten, seien auch sie attackiert worden.

Westliche Medien taten dies zwar als Propaganda ab. Eine Reihe von Berichten ausländischer Journalisten

belegen jedoch, daß es in der Tat bewaffnete Angriffe auf Regierungskräfte und öffentliche Einrichtungen gab. Nach einem Bericht des jeglicher Sympathie für die Assad-Regierung unverdächtigen israelischen Mediennetzwerkes Arutz Sheva («Kanal 7») »eröffnete die Polizei am Freitag (18.3.) das Feuer auf bewaffnete Demonstranten, tötete vier und verwundete bis zu 100 weitere«. Am darauffolgenden Sonntag brannten Demonstranten die örtliche Zentrale der Baath-Partei und das Gerichtsgebäude nieder und griffen auch das Krankenhaus der Stadt sowie Büro und Wohnhaus des Gouverneurs an. Neben zwei weiteren Demonstranten wurden dabei, wie Arutz Sheva und die chinesische Agentur Xinhua übereinstimmend berichteten, auch sieben Polizisten getötet.

Die Zahl der getöteten Polizisten überstieg somit in den prägenden ersten drei Tagen der Protestbewegung vermutlich die der Opfer unter den Demonstranten. Mit dem Bild friedlicher Proteste, die von Sicherheitskräften willkürlich mit brutaler Gewalt unterdrückt wurden, ist dies kaum zu vereinbaren. Angesichts der Toten in ihren Reihen war ein rücksichtsloseres Vorgehen der Sicherheitskräfte nun schon vorgezeichnet.»<sup>9</sup>

In der Realität hat es die friedliche Bewegung gegen das Regime so nicht gegeben. Im Infrarot wird also eine falsche Information, eine eigentliche Desinformati-

<sup>9</sup> Auszug aus: Joachim Guilliard «Friedliche Revolution», in: junge Welt, 1. Juni 2012

on über die Vorgänge in Syrien verbreitet. Wer so schreibt, der legt es auf den Effekt an: Die Aufständischen stehen als Opfer der Gewalt dar, mit denen man sich bedingungslos zu solidarisieren habe. In letzter Konsequenz kommt dann die Kriegsforderung.

### Der Krieg kommt

Dariusch Pour Mohsen ist kein einsamer Rufer in der Wüste. Er passt sich nur dem dumpfen Klang deutscher, saudischer, US-amerikanischer, türkischer, britischer, französischer Kriegstrommeln an. Vor zwei Wochen votierte der US-Senat für die Ausarbeitung von Kriegsplänen gegen Syrien «um das Töten von Zivilisten» zu beenden. Entsprechend ist das Pentagon damit beauftragt worden, militärische Lösungen auszuarbeiten für den «Übergang zu einem demokratischen, pluralistischen, politischen System in Syrien».<sup>10</sup>

Die Türkei, von der ein NATO-Angriff am ehesten zu erwarten ist, hat bereits am 8. Oktober 25 F-16 Kampfbomber an die syrische Grenze verlegen lassen.<sup>11</sup> Deutschland will nachdoppeln, indem es Bundeswehrverbände in das türkisch-syrische Grenzgebiet beordert und Patriot-Raketen stationiert.<sup>12</sup> Auch Frankreich war, wie schon in Libyen, unter den ersten Staaten, die von Intervention sprachen.<sup>13</sup> Und Grossbritannien unterstützt die syrischen Rebellen schon lange mit Millionenbeträgen.<sup>14</sup>

Die Arabische Liga – hier ist Dariusch wohl falsch informiert – muss nicht für einen solchen Krieg gewonnen werden. Sie fordert ihn bereits.<sup>15</sup> Von Saudi-Arabien kommt die Bitte, endlich schwere Waffen an die Aufständischen in Syrien zu liefern. Ein Wunsch, dem nun wohl nachgekommen wird: Mit der Gründung von Exilorganisationen der bewaffneten Rebellen sehen Frankreich und Grossbritannien die Voraussetzungen als erfüllt an, mit Waffenlieferungen im grossen Stil zu beginnen.<sup>16</sup>

Die Frage ist also nicht mehr ob, sondern wann der Krieg beginnt. Tage, Wochen oder wenige Monate – das bleibt abzuwarten. Alle Zeichen stehen auf den Sturm der westlich-imperialistischen Staaten gegen Syrien. Dass es dann nicht um «Menschenrechte» oder sonstigen ideologischen Ballast geht, sollte klar sein. Wenn ein Dariusch und ähnlich denkende Sozialdemokraten das nicht verstehen, dann sei ihnen hier eine Frage gestellt:

Der selbe Schweizer Staat, der vor einem Jahr in Bern eine wirklich harmlose und unbewaffnete Antirepressionsdemonstration mit Tränengas und Gummischrot zusammenschiessen lässt, spendet Zehntausende Franken und Waffen für den bewaffneten Aufstand in Syrien. Warum?

### Worum es in Syrien geht

Wird der Krieg gegen Syrien geführt und «gewonnen», dann werden sich nicht auf magische Weise «die Menschenrechte» herstellen. Bekanntlich lassen sich Solidarität und Menschlichkeit nicht herbeibomben. Materielle Interessen hingegen schon. So dürfte als erstes die kurdische Selbstverwaltung im Norden Syriens zusammenbrechen. Daran hat insbesondere die Türkei ein Interesse. Seit sich im Irak die «Autonome Region Kurdistan» gebildet hat, hat die kurdische Bewegung einen Aufschwung erlebt. Mit der Selbstverwaltung in Syrien wird diese noch gestärkt. Aus Sicht der herrschenden Klasse der Türkei ist das durchaus eine Bedrohung: Werden doch die Rufe im eigenen Land nach Freiheit und Selbstverwaltung immer lauter; auch die Kurden der Türkei wünschen sich ein autonomes Gebiet. Vom Krieg gegen Syrien erhofft man sich da die Eindämmung und Niederschlagung dieser Befreiungsbewegung.<sup>17</sup>

Die USA verfolgen andere Ziele. Bekannt ist, dass der Iran das eigentliche Ziel US-amerikanischer Einmischungen in der Region darstellt. Im Nahen Osten wird die Vormachtsstellung der USA durch ihn bedroht – eine Tatsache, die man sich nicht gefallen lassen will. Als enger Verbündeter des Iran gerät so auch Syrien in den Fokus der US-Imperialisten. Von der Destabilisierung Syriens erhoffen sie sich die Schwächung des Irans.<sup>18</sup> Bislang schien es so, als sei ein langanhaltender Bürgerkrieg Mittel genug, um dieses Ziel zu erreichen. Doch die neusten Entwicklungen weisen darauf hin, dass die USA nun einen direkten Krieg gegen Syrien vorziehen. Das dürfte auch mit dem Streben um Einflussnahme auf die Bewegung zu tun haben. Denn mehr und mehr wird deutlich, dass die Aufständischen eher unter den radikal-islamistischen Kräften zu verorten sind. Kurz: Sie stehen Saudi-Arabien und den Golfmonarchien näher als den USA. Mit einem Krieg unter US-amerikanischer Führung könnte eine Vorherrschaft wieder eta-

<sup>10</sup> Karin Leukefeld, «Konzentrierter Kampf», in: junge Welt vom 11. Dezember 2012

<sup>11</sup> <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien/piper.html>

<sup>12</sup> <http://www.dw.de/bundeswehr-schützt-die-türkei/a-16442214>

<sup>13</sup> [http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/05/29/hollande-n-exclut-pas-une-intervention-militaire-en-syrie-sous-mandat-de-l-onu\\_1709252\\_823448.html](http://www.lemonde.fr/politique/article/2012/05/29/hollande-n-exclut-pas-une-intervention-militaire-en-syrie-sous-mandat-de-l-onu_1709252_823448.html)

<sup>14</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-krieg-grossbritannien-unterstuetzt-rebellen-mit-millionen-euro-a-849346.html>

<sup>15</sup> <http://www.spiegel.de/politik/ausland/emir-von-katar-fordert-bei-uno-intervention-in-syrien-a-857954.html>

<sup>16</sup> Karin Leukefeld, «Konzentrierter Kampf», in: junge Welt vom 11. Dezember 2012

<sup>17</sup> Zum besseren Verständnis: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-08/tuerkei-syrien-pkk-erdogan>

<sup>18</sup> Beispiel für die gefährdete Hegemonie der USA: <http://rt.com/news/iran-west-sanctions-response-117/>



Die «Freunde Syriens» in Paris, Juli 2012.

Unter dem Namen «Freunde Syriens» hat sich eine Gruppe zur Vorbereitung und Unterstützung des bewaffneten Umsturzes in Syrien gebildet. Mit dabei sind die reaktionären Golfmonarchien Saudi-Arabien, Katar und Bahrain. Auch Deutschland, Grossbritannien und Frankreich sowie die USA gehören der Gruppe an.

bliert werden.

Die Golfmonarchien selbst verfolgen das entgegengesetzte Ziel. Als Erste und am entschiedensten riefen sie nach Krieg und Bewaffnung der Rebellen mit schwerem Geschütz. Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Syrien sind lange zerrüttet. Entsprechend gross die Hoffnung auf einen Regimewechsel und eine Saudi-Arabien näherstehende Regierung. Denn was im medialen Alltag gern vergessen geht, was auch ein Darisch vergisst (oder vergessen will?), ist, dass die syrische Regierung weitgehend laizistisch ist. Sie stellt eben nicht – und das bedauern einige Kräfte – eine islamistische Herrschaft dar. Mit dem Krieg gegen Syrien, je nachdem unter welchen Vorzeichen er steht und wer in ihm die treibende Kraft wird, könnte sich das rasch ändern.

Bleibt noch das allgemeine Interesse praktisch aller imperialistischen Länder: die Neuaufteilung Syriens und seiner Ressourcen. Syrien exportiert Öl und das immer wichtiger werdende Erdgas.<sup>19</sup> Zwar versiegen die Ölquellen Syriens, doch gehen die Schätzungen davon aus, dass Syrien bis 2020 Öl exportieren wird. Mit dem Krieg gegen Syrien könnte hier das Monopol des syrischen Staates auf diese Ressourcen gebrochen werden. Beispielsweise das der «Syrian Petroleum Company», jenes staatliche Unternehmen, das die Förderung und Produktion von Erdöl betreibt. (2006 war es mit über 24 Milliarden Dollar das siebtgrösste Unternehmen des Nahen Ostens.<sup>20</sup>) Die Zerschlagung dieses Monopols und die Neuaufteilung der syrischen Ressourcen – das ist das Interesse all jener imperialistischen Länder, die sich jetzt benachteiligt sehen: die USA, die Golfmonarchien, Deutschland, Frankreich,

Grossbritannien. Darüber hinaus spielen Öl und Gas nicht nur innerhalb Syriens eine Rolle. Syrien ist ein Knotenpunkt zwischen den erdöl- und erdgasreichen Staaten des Nahen Ostens.<sup>21</sup> Wer eine Pipeline zur Verbindung mit diesen Staaten errichten will, muss durch Syrien. Im Zusammenhang mit dem Syrienkonflikt schrieb das auch die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in erstaunlicher Offenheit:

*«Das bisher etwa 2.300 km lange Gaspipeline-Netz soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Die Arab Gaspipeline (AGP) aus Ägypten über Jordanien soll bis 2012 an das türkische und damit europäische Gaspipelinennetz angeschlossen werden. In Homs wurde 2004 ein nationales Gaskoordinierungs- und Verteilungszentrum errichtet. Damit versucht Syrien seine geographische Mittellage zwischen Europa und den öl- und gasreichen Staaten des Nahen Ostens (insbesondere Irak und Ägypten) als ‚oil and gas hub‘ zu nutzen.»<sup>22</sup>*

Es versteht sich, dass der Wunsch nach Kontrolle über dieses strategisch wichtige Land besteht. Dem will man mit Waffengewalt Nachdruck verleihen.

Doch nicht nur die Ressourcen Syriens könnten neu aufgeteilt werden. Auch der Kapitalexpert kann gefördert werden – mittels Krieg. Zwar hat sich Syrien in den vergangenen zehn Jahren fremden Investitionen und ausländischem Kapital geöffnet, doch noch immer ist dessen Bedeutung in Syrien ausserordentlich gering. Nach Angaben des syrischen Investitionsministeriums beträgt der Anteil des Kapitalexports am syrischen Bruttoinlandsprodukts nur 5%.<sup>23</sup> Weite Teile der syrischen Wirtschaft sind verstaatlicht und beaufsichtigt, unter diesen Umständen ist ein Kapitalexpert

<sup>19</sup> <http://www.made-in-syria.com/de/erdgas.html>

<sup>20</sup> Aus dem Wirtschaftsmagazin «Dinar Standard» in der Liste «DS100 – Top 100 Companies of the Muslim World» entnommen.

<sup>21</sup> Ein interessantes Beispiel hierfür ist der syrisch-aserbaidschanische Gashandel: <http://de.rian.ru/business/20100630/126924801.html>

<sup>22</sup> [http://www.kaz-online.de/pdf/340/340\\_4.pdf](http://www.kaz-online.de/pdf/340/340_4.pdf)

<sup>23</sup> [http://www.kaz-online.de/pdf/340/340\\_4.pdf](http://www.kaz-online.de/pdf/340/340_4.pdf)

erschwert. Die Öffnung dieses Marktes, die Öffnung insbesondere für Investitionen – das kann schnellstmöglich nur durch den Krieg gegen das Land und die Zerschlagung seiner staatlichen Strukturen erreicht werden.

Es ist ein ganzes Bündel von Interessen, dass sich da formiert. Sie sind widersprüchlich, teils schliessen sie sich aus, doch vorerst laufen sie allesamt auf das selbe Ziel hinaus: Krieg gegen Syrien. In diesen Interessen liegt die Quelle all der Aggressionen gegenüber Syrien. Nicht wegen Menschenrechten und nicht um des syrischen Volkes Willen wird der kommende Krieg geführt. Es steht nicht eine «humanitäre Intervention» auf dem Plan, sondern ein imperialistischer Krieg, also ein Raubkrieg um Ressourcen. Überflüssig zu sagen, dass die 21 Millionen Syrier, seien sie in den Fabriken oder an den Universitäten, dabei mit ihrem Leben bezahlen werden.

### Wie in Libyen, so in Syrien

Von alledem scheint die Juso nichts zu ahnen. Zumindest verliert sie darüber kein Wort, gibt aber eine Menge Wörter heraus, die besser verlorengegangen wären. Halten wir fest:

Die Vorbereitungen für diesen neuen Krieg laufen. Die Juso debattiert über die Zustimmung zu ihm. Diese beiden Dinge sind weder zufällig, noch neu. Der letzte Krieg fand in Libyen statt. Er wurde unter dem Tarnnamen «Flugverbotszone» geführt. Über Monate hinweg bombardierte die NATO Libyen. Im Ergebnis gab es Zehntausende Tote durch die Mordwaffen des «Verteidigungsbündnisses».<sup>24</sup>

Auch damals sprach man von humanitären Gründen, auch damals wurden die Menschenrechte – es sei nochmal gefragt: Welche Menschenrechte? Die bestehenden können es nicht sein. – für den Krieg bemüht. Heute wie gestern: Als es um Bomben für Libyen ging, sprachen sich Teile der Juso für den Krieg aus. Wahrnehmbar war 2011 allerdings nicht ein

<sup>24</sup> <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/tote.html>



<<Die Intervention akzeptieren und begrüßen.>>

Der Bombenkrieg der NATO gegen Libyen hat Zehntausende Opfer gefordert. Zerstörte Städte und ein Land im latenten Bürgerkrieg sind sein Ergebnis.

Dariusch Pour Mohsen, sondern ein Marco Geissbühler. Forderungen und Stil sind austauschbar.

Marco Geissbühler: «[Es gilt] im Kontext der Situation vorliegende Intervention [gegen Libyen] zu akzeptieren und ein Stück weit – insofern damit ein massives Massaker an der Zivilbevölkerung vermutlich verhindert werden konnte – sogar zu begrüssen. Damit einher geht die Akzeptanz von Überflügen durch fremde Streitkräfte über Schweizer Territorium, solange diese im Rahmen der UNO-Resolution 1973 geschehen.»<sup>25</sup>

Die dritte Ähnlichkeit: Hier wie da mischte die Schweiz im Krieg mit. In Libyen landete Munition der Ruag bei Rebellen in Syrien sind es nun Handgranaten.<sup>26</sup> Und als die Bombardierungen angingen, liess die Schweiz die Jets der NATO durch ihren Luftraum passieren.<sup>27</sup> Von der Juso war da kein böses Wort zu hören. Das Kunststück zu schweigen, während sie redet, hat die Juso gründlich gemeistert: In der Debatte um Syrien sprechen die «JungsozialistInnen» nicht über die Finanzierung der Rebellen durch die Schweiz.

## Das Versagen der Sozialdemokratie

Dabei müsste es so einfach sein. Die Linke ist gegen den Krieg. Sollte man meinen. Sie ist es auch. Theoretisch. Noch immer gilt in der Juso ihr Positionspapier zur Armee. Da heisst es: «Wir fordern, dass sich die Schweizer Diplomatie weltweit für friedliche und zivile Lösungen von Konflikten stark macht. Wir erwarten von der Schweizer Regierung, dass sie die vorhandenen Mittel bevorzugt so einsetzt, dass zur nichtmilitärischen Lösung von Konflikten beigetragen werden kann.» Es gibt sogar eine Menge von dem, was heute als «Gutmenschentum» oder «Schönrednerei» bezeichnet wird: «Die zivilen Wege der Konfliktbewältigung (Diplomatie, Mediation, etc.) werden zu wenig genutzt. Stattdessen wird viel zu oft und viel zu schnell auf militärische Mittel zurückgegriffen – dies oft in einer

unverhältnismässigen Art und Weise.»<sup>28</sup>

Dieses Programm der Juso ist in keiner Weise radikal. Die in ihm enthaltene Analyse ist weit davon entfernt, den wirklichen Verhältnissen innerhalb des Imperialismus Rechnung zu tragen.<sup>29</sup> Trotzdem könnte es ein Bollwerk gegen Leute wie Geissbühler oder Mohsen sein. Man müsste es nur konsequent anwenden. Doch genau da hapert es. Auf Nachfrage erfuhren wir von einem Mitglied der Geschäftsleitung der Juso: «Na ja, grundsätzlich gilt [das Positionspapier] schon. Aber nicht wirklich bindend.» Das ist dann auch das Problem der Sozialdemokratie seit hundert Jahren: Grundsätzlich ist sie schon für den Frieden. Aber nicht wirklich bindend.

## Mit uns kein Krieg!

Mit uns ist eine solche Politik nicht zu machen. Die Kommunistische Jugend wird sich überall und konsequent für den Frieden einsetzen. Gegen die Aggressionen des Westens setzen wir unseren Widerstand. Und wir rufen jeden und jede andere dazu auf, sich allen Kriegsbestrebungen, allen Bombendrohungen in den Weg zu stellen. Die Jugend und die Arbeitenden haben in einem Krieg nichts zu gewinnen; sie haben aber

ihr Leben zu verlieren. Sie mussten in Afghanistan, im Irak, in Libyen und nun in Syrien den Preis für die Kapitalinteressen der westlichen Länder zahlen. Das ist nicht hinnehmbar, dem muss entschieden entgegengetreten werden. Wir wissen, dass es gute Leute in der Juso gibt, die genau das tun. Für einmal sagt Jonas Zürcher den einzig sinnvollen Satz: «So hart es klingt, aber diesen Konflikt können nur die Syrier selber lösen.» Das ist schon richtig, doch notwendig ist es auch, das Kriegsgeschrei öffentlich und laut zurückzuweisen. Ganz gleich, ob es aus den Reihen der Juso kommt oder durch bürgerliche Parteien vorangetrieben wird. Wer heute von Krieg und Intervention spricht, wo Krieg und Intervention vorbereitet werden, der ist tatsächlich Feind aller Arbeitenden. Die Losung des Tages ist denkbar leicht: Mit uns kein Krieg!

Die Kommunistische Jugend steht dazu.

**Kommunistische Jugend Bern & Zürich**

<sup>25</sup> Marco Geissbühler, «Ein linkes Ja zur militärischen Intervention?», in: vorwärts, 8. April 2011

<sup>26</sup> [http://www.swissinfo.ch/ger/politik\\_schweiz/Ruag-Munition\\_in\\_Libyen:\\_Seco\\_plant\\_Besuch\\_in\\_Katar.html?cid=30773934](http://www.swissinfo.ch/ger/politik_schweiz/Ruag-Munition_in_Libyen:_Seco_plant_Besuch_in_Katar.html?cid=30773934)

<sup>27</sup> <http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/die-schweiz-erlaubt-ueberfluege-fuer-libyen-einsaetze-1.10001484>

<sup>28</sup> Juso: «Positionspapier zur Armee vom 17. 12. 2006»

<sup>29</sup> Siehe etwa: «Monopoly in echt», in: Njet!, Dezember 2012